



Die USA machen Ernst beim Klimaschutz

Europäisches Engagement und Unterstützung in Kopenhagen sind ausschlaggebend für den Erfolg

Andrew Light, Julian L. Wong und Saya Kitasei¹

Die führende Rolle Barack Obamas und der Vereinigten Staaten in der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen werden für ein erfolgreiches Ergebnis des Gipfels unabdinglich sein. Die USA verzeichnen historisch und pro Kopf gerechnet die höchsten Emissionswerte weltweit. Ohne die US-amerikanische Beteiligung an einem internationalen Abkommen zur Reduktion der Treibhausgase ist es unrealistisch, den Anstieg der globalen Temperaturen um zwei Grad Celsius abzuwenden. Es wird eines historischen Ausmaßes an internationaler Kooperation bedürfen, dieses Abkommen zu erzielen. Dennoch hat die achtjährige Untätigkeit der Vereinigten Staaten in Sachen Klimaschutz zu Zeiten der Bush-Administration selbst beim engsten Partner Europa ein Erbe des Misstrauens hinterlassen.

US-Präsident Obama hat den Kurs geändert und eine neue Richtung eingeschlagen. Seit Amtsantritt vor nur zehn Monaten hat er ein umweltpolitisch erstklassig besetztes Kabinett um sich versammelt, das die wissenschaftlichen Hintergründe des Klimawandels und die Dringlichkeit an Handlungsbedarf voll erfasst. Zu seinem Team gehören unter anderem Nobelpreisträger [Steven Chu](#)² als Energieminister und [John Holdren](#), oberster Berater des US-Präsidenten in Sachen Wissenschaft und Technik und zudem einer der etabliertesten Klimaforscher der Vereinigten Staaten. Barack Obama hat darüber hinaus seine exekutiven Befugnisse genutzt, um eine Reihe von Maßnahmen zur Regulierung des Schadstoffausstoßes

¹ [Andrew Light](#) ist Senior Fellow und [Julian L. Wong](#) ist Senior Policy Analyst beim US-amerikanischen Think Tank "Center for American Progress". Saya Kitasei ist Sustainable Energy Fellow am "Worldwatch Institute".

² Unterstrichene, blaue Textstellen geben in der digitalen Version „Links“ zu weiterführenden Informationen wieder.

umzusetzen, er hat im Kongress die Verabschiedung einer umfangreichen Gesetzgebung zu umweltfreundlichen Energien und Klimaschutz vorangetrieben sowie durch bi- und multilaterale Foren dem Klimawandel höchste Priorität auf der diplomatischen Agenda der USA beigemessen.

Das Weiße Haus gab letzte Woche bekannt, dass der US-Präsident an der Kopenhagener Klimakonferenz teilnehmen wird und bereit ist, das Ziel der Emissionsreduzierung bis 2020 um 17% im Vergleich zu 2005 „auf den Tisch zu legen“. Dieses vorläufige Ziel mag die europäischen Partner enttäuschen, aber Obama hält weiterhin an seinem langfristigen Vorhaben fest, die Emissionen bis 2050 um 83% zu reduzieren. Diese Verringerung entspräche sowohl den europäischen Zielsetzungen, die im Rahmen des G-8 Gipfels im Juli 2009 in Italien in einem gemeinsamen Communiqué verabschiedet wurden, als auch den Empfehlungen des Zwischenstaatlichen Ausschusses zum Klimawandel (*Intergovernmental Panel on Climate Change*). In dieser Hinsicht gibt das US-amerikanische Ziel für das Jahr 2020 eine Marschroute für das Ziel des Jahres 2050 vor, auf welcher Zwischenstationen festgelegt werden – unter anderem eine Reduzierung um 30% bis 2025, verglichen mit den Emissionen von 2005, und eine 42%ige Reduzierung bis 2030, ebenfalls auf der Basis von 2005.

US-Präsident Obama [hat in Peking klar gemacht](#), dass er nicht nach Kopenhagen reist, um eine „partielle Übereinkunft oder eine politische Erklärung zu erzielen, sondern eine Übereinkunft, die alle Verhandlungspunkte abdeckt und unmittelbare handlungsleitende Wirksamkeit entfaltet.“ Dies sind nicht etwa leere Floskeln, sondern die logische Konsequenz der Führungsrolle, die Barack Obama auf diesem Gebiet bereits bewiesen hat. Im Folgenden sollen Beispiele der Initiativen der Obama-Administration umrissen werden. Sie dienen als Indikator für das Potenzial der USA, zu einem soliden Partner für Europa in Sachen Klimawandel und alternativen Energien zu werden.

Maßnahmen der US-Regierung

Die Vereinigten Staaten haben es während der letzten acht Jahre versäumt, einen konstruktiven Beitrag zu den internationalen Klimaschutzverhandlungen zu leisten. Die Emissionen sind im letzten Jahrzehnt sogar angestiegen und auf Bundesebene gab es keinerlei Anstrengungen im Hinblick auf Klimaschutz, während US-amerikanische Städte und Bundesstaaten sich bemühten, das Problem anzugehen und eine Umstellung der Wirtschaft auf alternative Energien voran zu

treiben. Das Ausmaß des gegenwärtigen Rückstands der USA im Vergleich zu Europa ist erschreckend. Und erst jetzt beginnt eine kritische Masse an Vertreter/innen im US-Kongress einzusehen, dass die Vereinigten Staaten dabei sind, jeglichen Wettbewerbsvorteil in Sachen umweltfreundlicher Technologien an Europa und China zu verlieren. Dennoch haben die USA in den letzten zehn Monaten unter der Führung von US-Präsident Obama mehr zur Beseitigung dieses Missstandes unternommen als in den vergangenen 12 Jahren.

Voraussetzungen für Regulierungen durch die EPA werden geschaffen, falls der US-Kongress keine entsprechenden Gesetzesvorlagen verabschiedet

Die US-amerikanische Umweltschutzbehörde (*Environmental Protection Agency/EPA*) hat unter der Führung von Barack Obama im letzten Frühjahr Befunde veröffentlicht, denen zufolge die Treibhausgase zur Luftverschmutzung beitragen, welche ihrerseits die Gesundheit von Bevölkerung und Umwelt gefährdet. Dieser „[Gefährdungsbefund](#)“ wurde von der EPA am 7. Dezember 2009 als zutreffend bestätigt. Er gibt der US-Regierung die Berechtigung, den Schadstoffausstoß auf Basis des „Gesetzes für Saubere Luft“ (*Clean Air Act*) zu regulieren und verpflichtet sie gesetzlich sogar dazu. Damit kann jeder US-amerikanische Bürger das Eingreifen der Regierung mit rechtlichen Mitteln einfordern.

US-Präsident Obama und *EPA*-Chefin Lisa Jackson haben wiederholt bekräftigt, dass ihnen eine Verringerung der Luftverschmutzung per Gesetzgebung lieber wäre als eine Regierungsinitiative, da die Regulierung der Luftverschmutzung durch den *Clean Air Act* für einige Verschmutzungsquellen einfacher wäre, für andere aber schwieriger. Dennoch bleibt die Regulierung durch die *EPA* ein machtvolles Instrument der Regierung, das sie nutzen kann, falls Gesetzesvorhaben zum Klimaschutz nicht vom Kongress verabschiedet werden sollten. Sie verleiht dem US-Präsidenten zudem die Möglichkeit, die Einhaltung internationaler Abkommen zur Reduktion der Treibhausgase durch die Vereinigten Staaten gewährleisten zu können, sollte der Kongress zum Zeitpunkt der Einigung auf ein neues internationales Abkommen kein unterschriftsreifes Gesetz verabschiedet haben.

Strengere Normen beim Kraftstoffverbrauch

Das US-Transportministerium hat im Mai 2009 strengere Normen zum Kraftstoffverbrauch festgelegt – unter der Bezeichnung „Durchschnittliche Kraftstoffverbrauchsnormen für

Unternehmen“ (*Corporate Average Fuel Economy Standards*) – die bis 2016 auf 6,6 l auf 100 km (35,5 miles per gallon) sinken werden. Zeitgleich hat die EPA ihre Befugnisse im Bereich der Regulierung des Kohlendioxidausstoßes genutzt, indem sie eine Norm zum Abgasausstoß von 156 Gramm pro km für alle Fahrzeuge mit Verkaufsdatum ab 2016 durchgesetzt hat, was den ungefähren Standards zum Benzinverbrauch von Neuwagen entspricht. Der aktuelle Wert für 2009 liegt bei 238 Gramm pro km. So kann bis 2016 eine Abnahme des Kohlendioxidausstoßes um 165 Megatonnen erzielt werden. Die neuen Richtlinien könnten eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 900 Millionen metrische Tonnen bewirken, was einer Verringerung der Fahrzeugzahl um 177 Millionen entspräche.

Strengere Effizienzkriterien für Haushalts- und Gewerbegeräte

US-Präsident Obama hat das Energieministerium im Februar diesen Jahres angewiesen, strengere [Effizienzkriterien für Haushalts- und Gewerbegeräte](#) einzuführen. Die 22 verschiedenen Arten von Geräten, die unter diese Regelung fallen, umfassen unter anderem Mikrowellen, Herde, Geschirrspülmaschinen und Glühbirnen. Diese neuen Kriterien könnten innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte zu Energieeinsparungen führen, die der Energiemenge entsprechen, die alle Kohlekraftwerke der USA innerhalb von zwei Jahren produzieren.

Ein Programm zur Verpachtung öffentlicher Gewässer für Erneuerbare Energieprojekte

Barack Obama hat im April 2009 mithilfe des Innenministeriums ein neues Programm ins Leben gerufen, das die Verpachtung öffentlicher Gewässer im äußeren Kontinentalschelf zur Nutzung von Küstenwind, Meeresströmung und anderen Projekten für erneuerbare Energien erlaubt. [Erneuerbare Energieressourcen in Küstengegenden](#) bergen ein hohes Potenzial, wenn sie in einer ökonomisch und umweltgerechten Weise entwickelt werden. Die Nutzung dieses Potenzials der US-Küsten, so das Nationale Labor für Erneuerbare Energien (*National Renewable Energy Lab*), könnte 1.900 Gigawatt an Windenergie erbringen.

Flächendeckende Messungen der Treibhausgase

Der US-Präsident hat im September 2009 in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung in New York angekündigt, dass die EPA ein Programm zur flächendeckenden [Messung und Regulierung](#)

der Treibhausgase starten wird. Die Regelungen sehen unter anderem vor, dass die *EPA* 10.000 Industrieanlagen und Erdöllieferanten verpflichtet, ihre Emissionsmengen ab Januar 2010 zu erheben und diese Daten ab Anfang 2011 der Behörde vorzulegen. Diese Berichtspflicht würde 85% der US-amerikanischen Treibhausgasemissionen abdecken.

Die Bedeutung dieses Schrittes kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Falls die Vereinigten Staaten einem international verbindlichen Abkommen zur Verringerung der Schadstoffemissionen beitreten wollen, müssen sie nachweisen können, dass sie ebenso vertragskonform handeln wie jeder andere unterzeichnende Staat. Eine flächendeckende und öffentlich zugängliche Kartei des Kohlendioxidausstoßes ist die notwendige Voraussetzung für ein strenges Regelwerk zur Einhaltung internationaler Standards und ein weiterer Schritt, um den Partnern der Vereinigten Staaten die Möglichkeit zu geben, sich von der Umsetzung der US-amerikanischen Zusagen überzeugen zu können.

Die Gesetzgebung

Im Gegensatz zu den meisten EU-Staaten haben die Vereinigten Staaten kein parlamentarisches Regierungssystem. Unabhängig vom Wahlergebnis und dem damit verbundenen Mandat steht der US-Präsident nicht der Legislative vor und ist somit in seiner unilateralen Macht beschränkt. US-Präsident Obama hat deutlich gemacht, die volle Autorität seines Amtes zur Senkung der Treibhausgasemissionen nutzen zu wollen. Dennoch kann eine wirksamere gesetzliche Basis für ein solches Regulierungsvorhaben nur in Kooperation mit dem US-Kongress erzielt werden. Das verlangt aktive Zusammenarbeit zwischen der US-Administration und der Führungsebene im Kongress.

Bereits zu Beginn seiner Amtszeit stand Barack Obama vor einer bemerkenswerten Anzahl von Gesetzesvorhaben. Dazu gehörten eine umfassende Reform des desolaten US-Gesundheitssystems, die Notwendigkeit, die USA aus zwei Kriegen herauszuführen und die Bekämpfung der Auswirkungen einer historischen Finanzkrise. Dennoch schaffte es die US-Regierung mit dem Kongress zusammenzuarbeiten, der nicht gerade für effiziente Arbeitsabläufe bekannt ist. So wurden Anfang des Jahres, als Teil des Konjunkturprogramms, eine ganze Reihe von Richtlinien für alternative Energien verabschiedet. Das Repräsentantenhaus hat zudem ein

umfassendes Klima- und Energiegesetz erfolgreich verabschiedet und der Senat zwei Begleitgesetze in den entsprechenden Ausschüssen.

Viele US-Partnerländer sind enttäuscht darüber, dass die Regierung es nicht geschafft hat, ein Klima- und Energiegesetz vor Kopenhagen durch den Kongress zu bringen. Was viele dabei aber nicht bedenken ist, dass selbst im Falle einer Gesetzesverabschiedung durch den Senat noch Monate vergangen wären, bevor ein umfassendes Gesetz dem US-Präsidenten zur Unterschrift vorgelegen hätte. Beide Häuser des Kongresses sind gleichbedeutend, weshalb bei Gesetzesinitiativen zu gleichen Themen die beiden Entwürfe durch einen oft langwierigen Abstimmungsprozess gehen müssen. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Kongress den vollen Gesetzgebungsablauf noch vor Kopenhagen hätte abschließen können, war somit gleich Null.

Es ist daher eine begrüßenswerte Entwicklung, dass der US-Präsident entschieden hat, den dänischen „Zweistufen-Vorschlag“ anzunehmen, das heißt der Abschluss eines Zwischenabkommens in Kopenhagen, welches dann im Laufe des nächsten Jahres in einen endgültigen Vertrag umgewandelt werden kann. Die Europäer, die diesen Stufenvorschlag unterstützen, geben so den USA die nötige Zeit den Gesetzesprozess abzuschließen, um später einem internationalen Abkommen die größtmögliche Unterstützung zukommen lassen zu können. Die Basis der Gesetzesvorlagen, für die sich die US-Regierung seit zehn Monaten aktiv einsetzt, verheißt positive Perspektiven für die Vereinbarkeit eines US-Gesetzes mit einem neuen internationalen Klimaabkommen.

Das Amerikanische Markterholungs- und Reinvestitionsgesetz

Viele haben nicht bemerkt, dass US-Präsident Obama noch vor dem vom Repräsentantenhaus im Sommer 2009 verabschiedeten Gesetz bereits das größte Energiegesetz der USA unterschrieben hat. Das im Februar unterschriebene „Amerikanische Markterholungs- und Reinvestitionsgesetz“ (*The American Recovery and Reinvestment Act*) beinhaltet mehr als [80 Milliarden US-Dollar für Investitionen in alternative Energien](#), davon 11 Milliarden US-Dollar für ein größeres, besseres und intelligenteres Stromnetz; fünf Milliarden US-Dollar für Hausisolierungsprojekte für Geringverdiener; 4,5 Milliarden US-Dollar für den grünen Umbau von Bundesgebäuden und Energiesparmaßnahmen; 6,3 Milliarden US-Dollar für bundesstaatliche und kommunale Energieeffizienzprojekte; 600 Millionen für „Green Job“ Ausbildungsprogramme und zwei

Milliarden US-Dollar zur Förderung der Erforschung der nächsten Batteriespeichergeneration. Dieses Gesetz stellt die historisch größte Investition der USA in erneuerbare Energien dar und wird die Erzeugung dieser Energien in drei Jahren verdoppeln.

Das Amerikanische Gesetz für Alternative Energien und Sicherheit

Am 26. Juni 2009 verabschiedete das Repräsentantenhaus das als historisch zu bezeichnende „Gesetz für alternative Energien und Sicherheit“ (*The American Clean Energy and Security Act of 2009*, H.R. 2454). Dieses Gesetz würde – nach Verabschiedung im Senat und der Unterschrift des Präsidenten – ein wirtschaftsweites Emissionshandelssystem mit den Reduktionszielen von 17 Prozent bis 2020, gemessen am Stand von 2005, und 83 Prozent bis 2050 auf Basis des selben Vergleichsjahrs einführen. Analysen des *World Resources Institute* deuten darauf hin, dass die freiwilligen Bestimmungen des Gesetzes – einschließlich Ausgaben für internationale Waldbauprojekte, industrielle Effizienzstandards, Energiesparmaßnahmen bei Wohnhäusern und internationaler Ausgleich – dazu führen würden, dass bis 2050 tatsächlich eine Emissionsreduzierung um 23% gemessen am Stand von 1990 erreicht werde. Dies würde die Vereinigten Staaten in Einklang mit den EU-Zielen bringen und könnte bei Anerkennung die Europäische Kommission dazu veranlassen, ihre eigene Reduzierung auf 30% im Vergleich zu 1990 zu erhöhen, falls die USA eine vergleichbare Anstrengung unternehmen sollten.

Eine genauere Betrachtung des Gesetzes zeigt ebenfalls, dass die Reduzierung von Emissionen um 83% verglichen mit denen des Jahres 2005 bis zum Jahre 2050 in etwa mit den EU-Richtlinien übereinstimmen, die EU-Emissionen um 80% im Vergleich zu 1990 zu senken und zudem den Vorgaben für Industrienationen des Zwischenstaatlichen Ausschusses zum Klimawandel (*IPCC*) entsprechen. Diese Ergebnisse demonstrieren, dass nominelle Ziele zur Treibhausgasreduktion in Verbindung mit formalen Beschränkungen nicht die gesamte Tragweite aller nationalen energie- und klimapolitischen Bemühungen umfassend wiedergeben.

Das US-amerikanische Gesetz zur Führungsrolle im Bereich erneuerbarer Energien und das Erneuerbare Energie-Jobs und -Erzeugungsgesetz

Der US-Senat berät derzeit über verschiedene Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der Energie- und Klimapolitik. Das von US-Senator Jeff Bingaman (D-NM) eingebrachte „US-amerikanische Gesetz zur Führungsrolle im Bereich erneuerbarer Energien“ (*Clean Energy Leadership Act*, S.

1462), wurde im Juni 2009 durch den „Senatsausschuss für Energie und natürliche Ressourcen“ verabschiedet. Kernpunkte des Gesetzes sind unter anderem Regeln, nach denen ein bundesweit geltendes Energieportfolio bis 2021 15% an erneuerbaren Energien enthalten müsste. Außerdem würde ein intelligentes, nationales Übertragungsnetz gebaut und die Finanzierungsquellen von Projekten für alternative Energien ausgebaut werden.

„Das Erneuerbare Energie-Jobs und -Erzeugungsgesetz“ (*Clean Energy Jobs and Power Act*, S.1733), das die US-Senatoren John Kerry (D-MA) und Babara Boxer (D-CA) eingebracht haben, wurde kürzlich vom „Senatsausschuss für Umwelt und Öffentliche Arbeiten“ verabschiedet. Es lehnt sich stark an das „Gesetz für alternative Energien und Sicherheit“ an, sieht aber zusätzlich eine Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen um 20% bis 2020 und um 83% bis 2050 im Vergleich zu 2005 vor.

Neue Entwicklungen im US-Senat

Gegenwärtige Befürchtungen, dass derzeit keine 60-Stimmenmehrheit im Senat für das „Erneuerbare Energie-Jobs und -Erzeugungsgesetz“ vorhanden ist, hat einige Senatoren dazu bewogen, alternative Vorschläge einzubringen. Die bemerkenswerteste Initiative ist die der Senatoren John Kerry (D-MA), Lindsey Graham (R-SC) und Joseph Lieberman (I-CT) – eines prominenten Demokraten, eines Republikaners und eines Unabhängigen. Diese drei Senatoren haben Diskussionen mit der Regierung sowie mit denjenigen Senatoren angestoßen, die nicht in einem der sechs für Klima- und Energiegesetzgebung zuständigen Ausschüsse vertreten sind. Der Kompromiss, der in diesem parteiübergreifenden Ansatz herausgearbeitet wird, würde ein Programm zum Emissionshandel beinhalten sowie mehr Unterstützung für Offshore-Bohrungen, für saubere Kohlegewinnung und Atomenergie gewährleisten. Letztere wird von vielen Republikanern als Teil der US-amerikanischen Strategie zur Energiesicherheit unterstützt.

Diese Anstrengungen bieten zusammen genommen eine gute Grundlage, auf welcher der Senatsentwurf mit dem Gesetzesentwurf des Repräsentantenhauses im Frühjahr verglichen werden kann, gefolgt vom endgültigen Abstimmungsprozess im Sommer 2010. Es wird angenommen, dass ein erfolgreicher Prozess ein Gesetz hervorbringen wird, das US-Präsident Obama zu Herbstbeginn 2010 zur Unterzeichnung vorliegen kann.

Internationale Maßnahmen

Die Obama-Administration hat nicht zuletzt auch internationale Klima- und Energieabkommen initiiert und starke Unterstützung für internationale Klimaprogramme in die aktuell diskutierten US-Gesetzesvorhaben eingebaut.

Das Energie- und Klimaforum der führenden Wirtschaftsmächte

Im März 2009 hat US-Präsident Obama das [Energie- und Klimaforum der führenden Wirtschaftsmächte](#) (*Major Economies Forum on Energy and Climate/MEF*) wieder ins Leben gerufen und damit einen neuen Dialog im Kampf gegen Klimawandel und für die Förderung alternativer Energien zwischen 17 der größten entwickelten und aufstrebenden Wirtschaftsnationen angestoßen. Das *MEF* ist seitdem monatlich zusammengekommen und [verkündete](#) auf dem L'Aquila-Treffen im Juli 2009 wichtige neue Vereinbarungen, die die Klimaverhandlungen der UN unterstützen sollten. Zu diesen gehörte die Übereinkunft, den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad Celcius über der vorindustriellen Durchschnittstemperatur zu begrenzen, die Verpflichtung der entwickelten Industrienationen, Kohlendioxidemissionen bis zum Jahre 2050 um 80% zu reduzieren sowie eine neue globale Partnerschaftsinitiative zur Förderung alternativer Energietechnologien.

Vereinbarungen zum Subventionsabbau für fossile Energieträger

US-Präsident Obama war Vorreiter einer Vereinbarung auf dem G-20 Gipfel in Pittsburgh im September 2009, die sich zum Ziel setzt, mittelfristig [Subventionen für fossile Energieträger in den Mitgliedsländern auslaufen zu lassen](#) und andere Länder in ihren Bemühungen für ähnliche Verpflichtungen zu unterstützen. Die im [Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforum](#) (*Asia-Pacific Economic Cooperation/APEC*) zusammen geschlossenen Länder griffen diesen Monat diese Initiative ebenfalls auf, womit sich die Zahl der Länder erhöhte, die sich für eine Reduzierung der Subventionen einsetzen. Die Internationale Energieagentur (*International Energy Agency/IEA*) schätzt, dass diese Maßnahme allein die globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 um 10% oder mehr reduzieren kann.

Bilaterale Zusammenarbeit

Die USA fördern auch ihre bilaterale Zusammenarbeit mit Hauptverschmutzerstaaten wie [China](#), [Indien](#), [Mexiko](#), [Kanada](#) und mit wichtigen weiteren internationalen Partnern, um Klimawandel zu bekämpfen, sich bei Forschung und Entwicklung sauberer Energien abzustimmen sowie internationale Klimaverhandlungen zu unterstützen. US-Präsident Obama hat sich besonders für eine enge Kooperation mit China und Indien eingesetzt, um Verpflichtungen in Bezug auf die Umsetzung “wesentlicher Reduktionsmaßnahmen in voller Transparenz” zu erreichen und diese “Verpflichtungen auch einzuhalten”.

Die Vereinigten Staaten werden China dabei unterstützen, eine stabile, transparente und genaue Bestandsaufnahme der Treibhausgasemissionen vorzunehmen. Ebenso werden sie Indien helfen, umweltfreundliche Regierungsführung durch die Schaffung einer Nationalen Indischen Umweltbehörde zu fördern. Diese Initiativen bilden zugleich das Fundament für die Messung, Berichterstattung, Nachweisführung und schließlich auch Erfüllung eines neuen internationalen Klimaregimes und -abkommens.

Partnerschaft mit den Nachbarn in Nord-, Zentral- und Südamerika

Barack Obama hat auf dem [Fünften Gipfel der amerikanischen Staaten](#) im April 2009 eine Partnerschaft mit den Nachbarn der USA vorgeschlagen, um Energiesicherheit zu fördern und den Klimawandel zu bekämpfen. Ein erster Erfolg dieser Initiative ist Chiles Zentrum für erneuerbare Energien, das technische Unterstützung aus dem US-Energieministerium erhält.

Die Erklärung Nordamerikanischer Staats- und Regierungschefs zur Reduzierung von Halogenisierten Fluorkohlenwasserstoff-Emissionen (H-FKW)

Die Vereinigten Staaten haben sich mit ihren NAFTA-Freihandelspartnern Kanada und Mexiko im August 2009 darauf verständigt, bei einer Reihe von Maßnahmen im Bereich alternativer Energien und Klimaschutz zusammenzuarbeiten. Dazu gehört, [Emissionen von Halogenisiertem Fluorkohlenwasserstoff \(H-FKW\)](#), einem äußerst klimaschädlichen Gas, im Rahmen des Montreal-Protokolls zu reduzieren. Nach Angaben des Weißen Hauses würde diese Initiative etwa 10% der Einsparungen bedeuten, die notwendig wären, die globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 auf die Hälfte des gegenwärtigen Ausstoßes zu reduzieren.

Zubilligungen im Rahmen internationaler Klimaanpassungsmaßnahmen

Sowohl das Gesetzesvorhaben *H.R. 2454* als auch *S. 1733* sehen Freibeträge für Emissionen im Rahmen internationaler Klimaanpassungsmaßnahmen, die verminderte Abholzung in Entwicklungsländern sowie den Export sauberer Energietechnologien in diese Länder vor. Diese Freibeträge machen acht Prozent aller verfügbaren Zubilligungen im Gesetzesentwurf des Repräsentantenhauses für das Jahr 2012 aus. Dies entspricht 370,2 Millionen Kohlendioxid-Freibeträgen oder 10,4 Milliarden US-Dollar bei einem Mindestpreis von 28 US-Dollar pro Freibetrag. Die Zahlen für den Gesetzesentwurf des Senats (*S. 1733*) sind ähnlich. Kurzfristig wird die US-Regierung ihre Haushaltsbewilligungen für die US-Ministerien erhöhen, um sicherzustellen, dass ausreichend finanzielle Mittel für einen substanziellen Beitrag zum Klimaanpassungsfonds der Vereinten Nationen zur Verfügung stehen. Damit soll den bereits von den Auswirkungen des Klimawandels betroffenen ärmsten Ländern geholfen werden.

Fazit

US-Präsident Obama hat die genannten Maßnahmen und Programme gegen breite Widerstände initiiert. Diese Widerstände lagen in anderen dringenden Problemfeldern begründet, die die Aufmerksamkeit des Präsidenten forderten: die Gesundheitsreform, die beiden Kriege im Irak und Afghanistan sowie die Wiederbelebung der US-Wirtschaft im Zuge der Finanzkrise. Der kurz- und langfristige Erfolg der Initiativen der Obama-Administration hängt jedoch im Wesentlichen von der Unterstützung der engsten US-Partner ab.

Ein Erfolg in Kopenhagen in den kommenden zwei Wochen ist nicht nur eine Frage, die davon abhängt, ob die Weltgemeinschaft den Auftrag der dänischen Regierung nach einem Zwischenabkommen oder nach einer Übereinkunft über die wesentlichen inhaltlichen Punkte dieses Abkommens erfüllt. Ganz entscheidend wird sein, ob überhaupt das Konzept eines vorläufigen Abkommens ein für alle akzeptables Ergebnis des Gipfels in Kopenhagen sein kann. Solch ein Zwischenabkommen wäre für die USA und die Weltgemeinschaft essentiell, um allen Beteiligten Zeit zu geben, ihre Hausaufgaben zu machen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass es, unabhängig vom tatsächlichen Ergebnis des Klimagipfels oder dem Inhalt eines Zwischenabkommens, viele Teilnehmer des Treffens gibt, die fest

entschlossen sind, Kopenhagen als gescheitert darzustellen. Unter diesen befinden sich auch diejenigen, die sich gegen jede Art von Klimaschutzmaßnahmen wehren. Aber ein Erfolg der Skeptiker würde es unmöglich machen, im Jahre 2010 zu einer Abschlussvereinbarung zu kommen und ein Kyoto-Nachfolgeabkommen zu haben, das pünktlich mit dem Auslaufen der ersten Phase des Kyoto-Protokolls 2012 in Kraft tritt.

Falls der Gipfel in Kopenhagen nur deshalb als gescheitert erklärt wird, weil es am Ende keinen abschließenden, voll-ratifizierbaren Vertrag gibt, dann werden viele in den USA diese Botschaft dazu verwenden, eine Abkehr von den Klimaschutzbemühungen zu fordern, um sich auf die innenpolitischen Gesetzesvorhaben zu konzentrieren und diese zum Abschluss zu bringen. Falls die Ergebnisse des Klimagipfels dazu beitragen sollten, innenpolitische Gesetzesinitiativen in den USA zu verhindern, dann wird es für die Obama-Administration sehr viel schwerer werden, die noch bestehende Schwungkraft für ein neues Abkommen nach 2010 zu erhalten.

Die Welt erkennt Europas Führungsrolle beim Kampf gegen den Klimawandel an. Die Einzelstaaten Europas und auch die EU insgesamt haben den Traum nach einem robusten internationalen Übereinkommen durch die dunklen Jahrzehnte der US-Untätigkeit hindurch am Leben erhalten. Eine europäische Anerkennung dafür, wie weit sich die USA in so kurzer Zeit bewegt haben, ist unerlässlich – ebenso wie eine europäische Unterstützung, die sicherstellt, dass das Ergebnis in Kopenhagen der Beginn eines erfolgreichen Prozesses ist, der in naher Zukunft abgeschlossen werden wird. Diese Anerkennung ist in mehrfacher Hinsicht wichtig: für die erfolgreiche Umsetzung der US-amerikanischen Gesetzesvorhaben, für die Ermutigung der Obama-Administration, sich weiterhin global gegen den Klimawandel zu engagieren, und für Fortschritt auf dem Weg zu einem effektiven und gerechten internationalen Kyoto-Folgeabkommen.

Washington, DC / 9. Dezember 2009